

## Bürgerrechte abgewertet

*Zu den Artikeln „Wir müssen schneller werden“ (Ausgabe vom 4. April) und „A-33-Lücke wird acht Kilometer kürzer“ erhielten wir folgende Zusage von Otto Quaing, Hajo Rebers und Renate Caille für die Bürgerinitiative Exit233.*

„Die Journalistin hat recht mit ihrer Aussage: ‚Zu den schönsten Aufgaben eines Verkehrsministers gehört es, Autobahnen einzuweihen.‘ Ja, Minister und Kommunalpolitiker lassen sich gern dabei ablichten, wie sie rot-weiße Bänder durchschneiden und eine neue Straße freigeben. Und jedes Mal wird betont, wie wichtig der Abschnitt/die Straße für den Verkehr und die Wirtschaftsentwicklung ist. Natürlich gibt es Straßenbauten, die den Menschen dienen und Erleichterung bringen. [...] Und dann tun sich manchmal eben Bürger zusammen, bilden eine Bürgerinitiative und setzen sich gegen den Bau einer Straße ein. Aber das passt den zuständigen Ministern und Kommunalpolitikern natürlich nicht. Und schon hat zum Beispiel der niedersächsische

Wirtschafts- und Verkehrsminister Althusmann einen Schuldigen gefunden, wenn die Planung und der Bau einer Straße sich lange hinziehen: ‚Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass unabhängig von der Notwendigkeit eines Infrastruktur-Projektes geradezu reflexartig gegen Vorhaben geklagt werden soll.‘ Welch eine Arroganz und Abwertung von Bürgerrechten und -interessen steckt in diesem Satz, der [...] ohne kritische Nachfrage abgedruckt wird! Nein, Bürger wehren sich nicht reflexartig, sondern bilden sich eine eigene Meinung! Und sie protestieren nicht unabhängig von der Notwendigkeit, sondern bezweifeln eben diese angebliche Notwendigkeit, wie zum Beispiel den geplanten Ausbau der E233 zu einer Autobahn. Zu einem offenen und transparenten Planungsverfahren gehört eben in einer Demokratie die Beteiligung der Bürger. [...]“

**Otto Quaing**  
**Hajo Rebers**  
**Renate Caille**  
**Meppen**